

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Protokoll

31. Sitzung (nicht öffentlich)

20. Januar 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Dr. Schwericke (CDU)

Stenograph: Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde: Störfall beim Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop

1

Auf Antrag der SPD-Fraktion nimmt der Ausschuß hierzu einen Bericht des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie entgegen, dem sich eine Aussprache anschließt.

2 Stahlpolitik

Bericht des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

13

Dem Bericht des Ministers schließt sich eine ausführliche Aussprache an.

**3 Vorsorgender Verbraucherschutz:
Motor für Wirtschaft und Umwelt
Konzept für die Verbraucherpolitik 2000 in NRW**

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/4522

22

Nach kurzer Beratung in der Sache verständigt sich der Ausschuß darauf, zunächst die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse abzuwarten, die bis zum 17. März 1993 erbeten werden sollen.

4 Errichtung einer europäischen Akademie des Handwerks

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/3943

26

Der Ausschuß nimmt zustimmend von den Bemühungen aller Beteiligten einschließlich der Landesregierung um Schaffung eines "Europazentrums für Unternehmensführung" Kenntnis und bittet, diese Bemühungen fortzusetzen. - Der Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 11/3943 wird damit einstimmig für erledigt erklärt.

5 Landesentwicklungsplan - neue Aufgaben/neue Wege -

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/1809

28

Der Antrag Drucksache 11/1809 wird mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der GRÜNEN angenommen,

wobei der Wirtschaftsausschuß sein Bedauern darüber ausdrückt, daß der federführende Umweltausschuß seine Beratungen schon vor der Stellungnahme des mitberatenden Wirtschaftsausschusses abgeschlossen hat.

6 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3759

30

Der Wirtschaftsausschuß stimmt den Punkten 12 bis 17 des Gesetzentwurfs der Landesregierung Drucksache 11/3759 mit den Stimmen von SPD und CDU bei Enthaltung von F.D.P. und GRÜNEN zu.

7 Erhalt der Datteln-Waltroper Rieselfelder als Natur- und Erholungsraum

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4450

31

Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4450 wird mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. abgelehnt.

8 Bekämpfung der Glücksspielsucht in NRWAntrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4670

32

Der Ausschuß bittet den Minister zu den den Wirtschaftsausschuß betreffenden Punkten III.2 und 3 des Antrags zur nächsten Sitzung um einen Bericht.

9 Verschiedenes

33

Siehe Diskussionsteil Seite 33

Nächste Sitzung: 3. Februar 1993

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
31. Sitzung

20.01.1993
the-ma

Auch bei Punkt 3 ergebe sich hinsichtlich der Forderung, den Landesentwicklungsplan "auf wenige, aber entwicklungsorientierte und qualitative Zielbereiche zur Erfüllung von Zukunftsaufgaben" auszurichten, die Frage, auf welche Zielbereiche man sich denn beschränken solle.

Da aber der federführende Ausschuß bereits seine Entscheidung getroffen habe, könne man ohnehin kaum noch Einfluß ausüben, so daß sich eine weitere Diskussion erübrige.

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) kündigt Ablehnung des Antrags weniger wegen der darin enthaltenen Formulierungen als vielmehr wegen dessen an, was man dahinter vermuten müsse. Die vom Abgeordneten Meyer (CDU) angeführte größere Übersichtlichkeit werde sicher von allen gewünscht; hier aber gehe es darum, daß sogenannte "Planungshemmnisse" abgebaut werden sollten, womit dann unter anderem gemeint sei, Bürgerbeteiligungen einzuschränken und bestimmte Kriterien zu reduzieren.

So sei unter Punkt 3 die Rede davon, daß man sich "auf wenige, aber entwicklungsorientierte, qualitative Zielbereiche" beschränken wolle. Unter Punkt 5 werde gefordert, die Inhalte der Gebietsentwicklungspläne zu überprüfen und auf den notwendigen Umfang zu reduzieren. Wie man am Projekt "Neue Mitte Oberhausen" gesehen habe, träten selbstverständlich Konflikte zur vorhandenen Raumordnung und Landesplanung auf. Diese Konflikte sollten dann eben dadurch entschärft werden, daß man entsprechende Kriterien und Ziele nicht mehr in der notwendigen Klarheit aufstelle. - Insofern bedeutete der Antrag aus der Sicht der GRÜNEN einen Rückschritt.

Abstimmungsergebnis siehe Beschlußprotokoll.

6 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3759

Der **Vorsitzende** verweist auf die am 30. Oktober 1992 vom Umweltausschuß durchgeführte Anhörung von Sachverständigen - APr 11/705 -. Der Umweltausschuß habe sich darauf verständigt, lediglich die Vorschriften zum Braunkohlenplanverfahren abschließend am 3. Februar 1993 zu beraten und somit nur diesen Teilbereich, also die Ziffern 12 bis 17 des Gesetzentwurfs, zu novellieren. Demnach beschränke sich auch die Stellungnahme des Wirtschaftsausschusses gegenüber dem federführenden Ausschuß auf die genannten Ziffern.

Abgeordneter Stüber (SPD) macht darauf aufmerksam, daß keine materiellen Veränderungen vorgesehen seien, sondern lediglich die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden sollten, daß der Braunkohlensausschuß seine Arbeit aufnehmen könne. Dem stimme die SPD zu.

Es gehe im wesentlichen darum, so konstatiert **Abgeordneter Meyer (CDU)**, das weitverbreitete Mißverständnis abzubauen, daß in diesem Bereich die Prüfungsverfahren schwächer als anderswo seien, weil die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht namentlich aufgeführt werde. Dies geschehe jetzt und diene damit der Klarheit. Die CDU stimme diesem Punkt zu.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) erklärt, er werde sich der Stimme enthalten, weil er die Tragweite dieser Novellierung nicht erkennen könne.

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) begründet seine Enthaltung damit, daß bei ihm das vom Abgeordneten Meyer (CDU) so genannte Mißverständnis weiterhin bestehe.

Abstimmungsergebnis siehe Beschlußprotokoll.

7 Erhalt der Datteln-Waltroper Rieselfelder als Natur- und Erholungsraum

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4450